



Wasserspringer holen Titel

Mit ihren Händen umklammert die Wasserspringerin Christin Steuer ihre Beine und zieht sie an ihren Oberkörper. Die Fußspitzen zeigen in den Himmel. So fliegt Christin Steuer durch die Luft – und taucht kurz darauf ins Wasser ein. Mit dem Kopf zuerst und mit gestreckten Armen und Beinen.

Christin Steuer ist Wasserspringerin. Solche Sportler springen etwa vom Drei-Meter-Brett oder vom Zehn-Meter-Turm ins Schwimmbecken – und machen dabei zum Beispiel Saltos oder Drehungen und landen dann etwa mit einem eleganten Körper im Wasser.

Die 27 Jahre alte Christin Steuer stürzte sich am Donnerstagabend bei den Europameisterschaften aus zehn Meter Höhe runter. Sie sammelte bei dem Wettkampf um die meisten Punkte von allen Teilnehmerinnen und holte sich so die Goldmedaille.

Bei der Siegerehrung liefen ihr vor Freude die Tränen runter. „Das war immer mein größter Traum, oben zu stehen und die Hymne zu hören. Ich bin stolz auf mich“, sagte sie. Am Freitagnachmittag wollte Christin Steuer schon wieder ihr Bestes geben – zusammen mit ihrer Partnerin startete sie im Finale des Synchronspringens.

Zwei andere deutsche Wasserspringer jubelten am Donnerstag über Silber im Synchron-Wettbewerb: Patrick Hausding und Stephan Feck. Synchron bedeutet, dass sie gleichzeitig vom Brett abspringen und ihre Sprünge möglichst gleich aussehen müssen. Die beiden sprangen vom Drei-Meter-Brett. Die EM der Wasserspringer und Schwimmer steigt übrigens in Budapest in Ungarn. Das Land liegt im Südosten Europas.



Stephan Feck und Patrick Hausding aus Deutschland beim Wettbewerb im Synchronspringen vom Drei-Meter-Brett, bei den Europameisterschaften in Budapest, Ungarn, 12. August 2010.

Ohrenschmalz vorsichtig entfernen

Ohrenschmalz stört normalerweise fast gar nicht beim Hören. „Nur wenn ein Pfropf ganz fest ist und vor dem Trommelfell liegt, dann kann es schon mal sein, das man schlecht hört“, sagt ein Experte. Dann sollte ein Arzt das Zeug entfernen. Aber wie kommt ein Schmalzpfropf überhaupt dahin? „Zum Beispiel, wenn man mit einem dünnen Stäbchen den Schmalz aus dem Ohr rausholen will“, sagt der Fachmann. Das gelingt aber nur selten. Meist schiebt man das Ohrenschmalz nämlich weiter rein. Dabei kann man manchmal auch das Ohr von innen verletzen. „Deshalb sollte man nur das aus dem Ohr rausholen, was man mit dem Finger erreichen kann“, rät der Experte.



Ein Arzt untersucht ein Ohr.

THEMA: Redaktionsgespräch mit Joachim Pfeiffer

Skeptischer Blick über den Atlantik

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-/CSU-Fraktion über Konjunktur, Innovationen und Fachkräftemangel

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
MARTIN WINTERLING

Waiblingen.

„Unsere Unternehmen gehen gestärkt aus der Krise hervor“, sagt Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Konjunkturaussichten beurteilt er als „gut bis sehr gut“. Allerdings sei die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise noch keineswegs vorüber, sagt Pfeiffer vor allem mit Blick über den Atlantik und nach China.

Das Geschäftsmodell der USA läuft nicht mehr, sagt Joachim Pfeiffer, der seit 2002 den Wahlkreis Waiblingen im Bundestag vertritt, bei einem Redaktionsbesuch. Die Vereinigten Staaten haben 20, 30 Jahre lang über ihre Verhältnisse gelebt. Dazu gehörte auch, Menschen Immobilien anzudehen, die sich diese eigentlich nicht leisten konnten. Als diese weltweit gehandelten Kredite platzten, brach nicht nur der US-Immobilienmarkt zusammen, sondern brachte dies das gesamte Finanzsystem ins Wanken.

Hauptgläubiger der über seine Verhältnisse lebenden und hoch verschuldeten USA war und ist China. Allerdings beginne China, seine Devisenreserven vom Dollar auf andere Währungen umzuschichten. Die US-Staatsschulden indes haben sich seit Beginn der Krise verdoppelt. „Zum privaten Defizit kommt jetzt noch ein öffentliches“, sagt Pfeiffer, der Mitglied in der Atlantikbrücke ist, die sich dem deutsch-amerikanischen Verständnis verschrieben hat. In der amerikanischen Krise sieht Pfeiffer auch Risiken für die Weltwirtschaft. Obwohl derzeit China und Asien deren Stabilitätsanker sei, traut Pfeiffer auch der Entwicklung in China nicht.

Umso erstaunlicher ist, dass vor diesem Hintergrund Europa und Deutschland am besten aufgestellt zu sein scheinen. Trotz der Eurokrise. Mit der Stabilisierung des Euros sei jedoch „nur Zeit gewonnen, bis 2013“, sagt Pfeiffer. „Die Probleme sind nicht gelöst.“

Mit Blick auf den Mittelstand in der Krise hat die Bundesregierung das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) auf



Der Bundestagsabgeordnete Dr. Joachim Pfeiffer beim Redaktionsgespräch. „Wir brauchen nicht mehr Regulierung, sondern wir brauchen eine bessere Regulierung“, sagt Pfeiffer mit Blick auf den deutschen und die europäischen Finanzmärkte. Bild: Steinemann

die alten Bundesländer ausgedehnt. „Das Programm schlägt ein“, sagt Joachim Pfeiffer. ZIM bringt rund 3,7 Millionen Euro allein in den Rems-Murr-Kreis. Forschungs- und Entwicklungsprojekte kleiner und mittlerer Firmen zu fördern passe perfekt zur Wirtschaftsstruktur in der Region. Zunächst nur befristet zur Ankurbelung der Konjunktur soll ZIM nun dauerhaft auch in den alten Bundesländern kleinen und mittelständischen Firmen jährlich mit 500 Millionen Euro bei ihren Forschungsprojekten unter die Arme greifen. 33 Vorhaben umfasst die Liste des Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer. 33 Projekte von Firmen aus seinem Wahlkreis.

Darüber hinaus unterstützt das Bundesforschungsministerium eine Reihe von Projekten der Grundlagenforschungen mit rund 4,8 Millionen Euro. Hauptsächlich profitieren von diesen Mitteln Großunter-

nehmen wie Bosch oder Kärcher, aber auch das Virtual Dimension Center (VDC) in Fellbach wird unterstützt, mittelständische Firmen oder der Landkreis Rems-Murr mit seinem Projekt „Lernen vor Ort“ mit über einer Million Euro.

Die Forschung ist für Pfeiffer einer der Ansatzpunkte, um die Strukturentwicklung zu gestalten. Der Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zwei weitere Bereiche. Pfeiffer will den Anteil der älteren Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt weiter erhöhen und damit die Argumente, die gegen eine Rente mit 67 sprechen, entkräften. Dass der Anteil heute höher liegt als noch vor ein paar Jahren, habe seinen Grund darin, dass die Instrumente ausgelaufen sind, „Alte auf Kosten der Sozialversicherung auszusteuern“.

Kaum habe die Konjunktur angezogen, stelle sich wieder die Frage des Fachkräfte-

mangels. Bald würden die Firmen junge Leute mit dem Käscher einfangen, um ihre Ausbildungsplätze zu besetzen, sagt Pfeiffer. Umso wichtiger sei es, Schule, Ausbildung und Beruf besser zu verzahnen und das Potenzial, das auch in den Haupt- und Realschulen für Fachkräfte vorhanden ist, zu heben. Pfeiffer nennt es erschreckend, wenn junge Leute als Berufsziel „Hartz IV“ nennen, weil sie für sich keine Perspektive auf eine gute Ausbildung sehen. Der Ausbildungspakt, einst wegen des Lehrstellenmangels geschlossen, soll fortgeführt werden. Aber mit neuer Zielrichtung, nämlich junge Leute ohne Schulabschluss und Zuwanderer in die Berufswelt zu integrieren.

Betreuungsquote für unter Dreijährige hat sich verdoppelt

Leere Kassen in den Kommunen hin, Finanzmiser der Bundes her. An der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werde die Bundesregierung festhalten – und auch die Städte und Kommunen in die Pflicht nehmen, die 30-Prozent-Quote für die Betreuung von unter Dreijährigen zu erfüllen. Schließlich sei allem Gejammer der Bürger- und Oberbürgermeister zum Trotz der Bund bereits in Vorleistung getreten. Für den Arbeitsmarkt sei es zwingend, das volkswirtschaftliche Potenzial der gut ausgebildeten Frauen zu nutzen. Dass sich in den vergangenen Jahren schon einiges bewegt hat, weiß der dreifache Vater aus eigener Anschauung. Vor acht Jahren habe es in seiner Heimatgemeinde Plüderhausen noch keine Betreuungsangebote für Kleinkinder gegeben. Das hat sich geändert. Die Betreuungsquote von unter Dreijährigen hat sich im Rems-Murr-Kreis von unter sieben Prozent (2006) auf über 17 Prozent erhöht.

Zitate

■ Es ist ein Gezeitenwechsel, ab dem wir dauerhaft weniger Auszubildende haben werden als wir brauchen.

Joachim Pfeiffer über den **Fachkräftemangel**.

■ Ich halte nach wie vor das dreigliedrige Schulsystem für das richtige. Es muss eine Selektion geben. Wir sollten uns nicht einreden lassen, ständig an den Strukturen rumzumachen.

Pfeiffer nennt sich ein gutes Beispiel für das durchlässige **Schulsystem**. Er war einst von der Realschule aufs Wirtschaftsgymnasium gewechselt.

60 Jahre Laufzeit

Joachim Pfeiffer sagt aber, er sei „kein Atomfetschist“

(wtg). Die Kernkraft ist für Joachim Pfeiffer in der Energieversorgung „ein Teil der Lösung – nicht Teil des Problems“. Die Atomkraftwerke müssten im Energie-Mix erhalten bleiben, plädiert der CDU-Wahlkreisabgeordnete für längere Laufzeiten. Mehr als über die Atomkraft sorgt sich Pfeiffer über die „Überförderung“ der Fotovoltaik.

„Ich bin kein Atomfetschist. Ich bin nicht geil auf Atomkraft“, sagt Joachim Pfeiffer. Er sieht sich auch keineswegs als Lobbyist der Atomindustrie. Für den wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion ist Kernkraft eine Frage der Logik. Warum, fragt er mit Verweis auf die Schweiz und die Niederlande, soll ein Atomkraftwerk nicht 60 Jahre lang laufen, solange es sicher ist? Genau diese Laufzeiten würden dort für die mit Neckarwerkheim I oder Obrigheim baugleichen Kraftwerke angesetzt. In Deutschland sollen sie in ein paar Jahren abgeschaltet werden. Wenn sie aber tatsächlich unsicher wären, „müssten sie gleich abgeschaltet werden“.

Pfeiffer sieht sowohl aus technischer und wirtschaftlicher Sicht als auch aus Gründen des Klimaschutzes die Notwendigkeit, die Atomkraftwerke länger laufen zu las-

sen. Wirtschaftlich könnte der Gewinn durch die Verlängerung der Laufzeiten abgeschöpft werden. Gerade vor dem Hintergrund, dass der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 weiter wachsen soll, müsse der AKW-Strom auch künftig die Grundlast im Netz abdecken. Wenn aber die AKWs abgeschaltet werden, sei das Ergebnis, „dass alte Kohlekraftwerke am Netz bleiben“. Für Pfeiffer „die schlechteste aller Lösungen“. Damit sei weder für den Preis noch für die Versorgungssicherheit und die Nachhaltigkeit irgendetwas erreicht. Pfeiffers Fazit lautet deshalb, dass auf Kernkraft nicht verzichtet werden könne.

„Überförderung der Fotovoltaik“

Durchaus verzichten kann Pfeiffer auf die Subventionen für Fotovoltaik. „Wir haben mit großen Mühen erreicht, die Überförderung zurückzufahren – aber noch immer viel zu wenig.“ Das Problem sei, dass die Kosten für die Solarmodule schneller gesunken sind als die Förderung. Deutschland sauge wie ein Schwamm die weltweite Produktion an – auf Kosten der Verbraucher, die über die garantierte Einspeisungsvergütung die Kosten für den teuren Solarstrom zahlen. Inzwischen kommen 70 Prozent der installierten Anlagen aus China und Taiwan, sagt Pfeiffer und sieht auch ein weite-

res Ziel des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG) verfehlt, nämlich die Technik voranzubringen. Wegen der starken Nachfrage komme die Forschung und Entwicklung zu kurz. Die Hersteller setzten stattdessen auf Massenproduktion „mit Technologie von gestern“.

Der Ökonom Pfeiffer sieht bei den erneuerbaren Energien ganz allgemein, aber bei der Fotovoltaik im Besonderen ein eklatantes Missverhältnis zwischen der Höhe der Vergütung und den Kosten, die der erzeugte Strom an der Strombörse kosten würde. Der EEG-Umlagesatz führe schon heute zu einem höheren Strompreis von zwei Cent je Kilowattstunde. 2011 befürchtet Pfeiffer, dass bereits 3,5 bis vier Cent auf den Strompreis aufgeschlagen werden müssen. „Damit wird sich die Sinnfrage stellen!“

Aufgrund des Erneuerbaren Energiegesetzes seien den Betreibern der Solaranlagen 110 Milliarden Euro Subventionen für die nächsten Jahre zugesagt. Tendenz steigend. Die Renditen, die sie mit Fotovoltaikanlagen erzielten, seien zweistellig, sagt Pfeiffer auch mit Blick auf die geplante Fotovoltaikanlage der Abfallwirtschaftsgesellschaft auf der Deponie Lichte in Kaisersbach, der größten im Kreis. Hersteller wie Solarworld erzielten Umsatzrenditen, von denen andere Unternehmen träumen könnten, sagt Pfeiffer und nennt diese Art der Umverteilung einen „volkswirtschaftlichen Schwachsinn ohne Maß und Ziel“.

Zwei Schwerverletzte

Unfall am Königsbrunnhof: 31 000 Euro Schaden

Rudersberg.

Ein schwerer Unfall beim Königsbrunnhofkreisel zwischen Allmersbach und Rudersberg hat am Donnerstagabend zwei Schwerverletzte gefordert. Ein 18-jähriger Audi-Lenker war von Allmersbach kommend in Fahrtrichtung Rudersberg unterwegs und kam rund 100 Meter vor dem Königsbrunnhofkreisel in einer Linkskurve ins Schlingern. Der Audi geriet zunächst nach rechts auf den Grünstreifen und stellte sich danach vermutlich durch starkes Gegenlenken auf der Gegenfahrbahn quer. Ein entgegenkommender 29-jähriger Fahrer eines Renault konnte nicht mehr ausweichen und

krachte dem Audi voll in die Beifahrerseite. Das Fahrzeug wurde durch den Zusammenprall fast bis in die Fahrzeugmitte eingedrückt und ein auf dem Beifahrersitz sitzender 19-Jähriger schwerstverletzt. Im Renault wurde der 19-jährige Beifahrer leicht und der Fahrer schwer verletzt. An beiden Autos entstand Totalschaden in Gesamthöhe von 31 000 Euro. Die Wagen mussten abgeschleppt werden. Ein Notarzt mit Rettungsteam und das Technische Hilfswerk waren vor Ort.

Die Unfallbeteiligten kamen ins Krankenhaus. Ein Gutachter beschäftigt sich nun mit der Unfallursache.



Datenkrake Google Street View?

Unsere Internetcommunity ist gespalten: 56 Prozent der User befürworten ein Verbot von Street View, 44 Prozent halten es für übertrieben. Im Forum wird diskutiert: Greift Google zu sehr in die Privatsphäre ein?

Quechua meint: „Ich finde Street View gar nicht so schlecht. Ich habe ja nichts zu verbergen, was die fotografieren könnten. Und wenn, dann kann das auch jeder andere sehen, der an meinem Haus vorbeifährt.“

www.nicht-jugendfrei-online.de

joggibär regt sich auf: „Wenn nur nicht die vielen NEIN-Sager wären! Objektiv gesehen: Seit der Fotoapparat und das Filmen den Bürgern zugänglich gemacht wurde, wird fotografiert und gefilmt, was gefällt. Seither konnte ich in Google-Earth Orte auf der ganzen Welt besuchen - ohne Umweltverschmutzung.“

Neo91 ist nicht für das völlige Verbot von Street View, aber: „Besitzer von Häusern oder Wohnungen müssen selbst entscheiden können, ob ihr Haus in diesem Dienst zu sehen ist oder nicht.“

@ nicht-jugendfrei-online.de/google